



Bundesministerium für Verkehr, 11030 Berlin

Ständiges Sekretariat des Oberrheinrates
Präsident des Oberrheinrates
Herrn Bernd Mettenleiter
Rehfusplatz 11
77694 Kehl

Christian Hirte, MdB

Parlamentarischer Staatssekretär

Invalidenstraße 44
10115 Berlin

Postanschrift:
11030 Berlin

Tel. +49 30 18-300-2250

psts-h@bmv.bund.de

www.bmv.de

**Betreff: BMV-Stellungnahme zur Resolution des Oberrheinrates
vom 05.12.2025**

Bezug: Ihr Schreiben vom 19.01.2026
Aktenzeichen: L 10 101020101#00005#0031
Datum: Berlin, 17.02.2026
Seite 1 von 3

Sehr geehrter Herr Präsident,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 19.01.2026, in dem Sie das Bundesministerium für Verkehr (BMV) über die Resolution „Elektromobilität am Oberrhein vorantreiben und vernetzen“ informieren, die von der Plenarversammlung des Oberrheinrats am 05.12.2025 verabschiedet wurde.

Ich danke Ihnen und den Mitgliedern des Oberrheinrats für diese Initiative und das langjährige Engagement für die Region Oberrhein. Der Hochlauf der Elektromobilität sowie der bedarfsgerechte und koordinierte Ausbau der Ladeinfrastruktur sind zentrale Bausteine zur Erreichung der Klimaziele im Verkehrssektor und haben auch für das BMV eine hohe Priorität.

Voraussetzung für den Hochlauf der Elektromobilität ist der vorauslaufende Ausbau einer flächendeckenden, bedarfsgerechten und nutzerfreundlichen Ladeinfrastruktur – auf dem Land und in der Stadt. Die Bundesregierung hat daher den Masterplan Ladeinfrastruktur 2030 als ressortübergreifende Strategie zum weiteren Ausbau der Ladeinfrastruktur entwickelt.





Seite 2 von 3

Bereits in Umsetzung befinden sich zwei Leuchtturmprojekte des BMV, von denen auch die Region Oberrhein unmittelbar profitieren wird:

Mit dem Deutschlandnetz sorgt das BMV für ein flächendeckendes, bedarfsgerechtes und nutzerfreundliches Schnellladernetz in ganz Deutschland. Die mehr als 1.000 Standorte mit rund 9.000 Schnellladepunkten schließen noch verbliebene „weiße Flecken“ auf der Ladelandkarte. Das Deutschlandnetz stellt sicher, dass der nächste Schnellladepunkt überall in Deutschland in wenigen Minuten zu erreichen ist. In der Region Oberrhein entstehen insgesamt 33 Standorte mit 284 Ladepunkten. 3 Standorte wurden bereits in Betrieb genommen.

Mit der Ausschreibung für das Lkw-Schnellladernetz ebnet das BMV den Weg zu einer flächendeckenden, bedarfsgerechten und verlässlichen Ladeinfrastruktur für schwere batterieelektrische Nutzfahrzeuge. An etwa 350 ausgewählten bewirtschafteten und unbewirtschafteten Standorten soll die Lkw-taugliche Schnellladeinfrastruktur entstehen. Im Rahmen des Lkw-Schnellladernetzes sind für die Region Oberrhein 12 Standorte mit insgesamt 145 Ladepunkten an bewirtschafteten und unbewirtschafteten Rastanlagen geplant.

Ein zentraler Bestandteil des Masterplans Ladeinfrastruktur 2030 ist zudem die Stärkung von Nachfrage und Investitionen, denn die Errichtung und der Betrieb von Ladeinfrastruktur setzen eine hohe Investitionsbereitschaft der Wirtschaft voraus. Um die Wirtschaftlichkeit der Ladeinfrastruktur zu verbessern, beabsichtigt die Bundesregierung, die Infrastrukturentwicklung weiterhin zu fördern.

Insbesondere für das Laden von E-Lkw, das sich noch in einer frühen Marktphase befindet, stehen erhebliche Investitionen an. Das BMV entwickelt aktuell eine Förderrichtlinie, die den Aufbau von Lademöglichkeiten in Depots und auf eigenen Betriebshöfen unterstützt und dabei auch die Kosten für die Ertüchtigung des Netzanschlusses berücksichtigt. Darüber hinaus soll auch der Aufbau öffentlich zugänglicher Lkw-Ladeinfrastruktur, z.B. auf Autohöfen oder in Gewerbegebieten, gefördert werden.

Darüber hinaus verfolgt der Masterplan Ladeinfrastruktur 2030 das Ziel, die Verfahren und Voraussetzungen für die Errichtung von Ladeinfrastruktur zu vereinfachen, die Voraussetzungen für Investitionen zu verbessern, den Aufbau von Ladeinfrastruktur zu beschleunigen und so dazu beizutragen, das Ladeangebot im privaten, gewerblichen und öffentlichen Bereich zu





Seite 3 von 3

steigern. Die Bundesregierung wird sich auch für klare Rahmenbedingungen einsetzen, um Preistransparenz, digitale Preisinformationen und dynamischen Wettbewerb zu gewährleisten. Zusätzlich möchte die Bundesregierung die Rahmenbedingungen für das bidirektionale Laden verbessern, damit dieses künftig für Strommarkt- und Netzdienstleistungen genutzt werden kann.

Mit freundlichen Grüßen

Christian Hirte

